

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 21.07.2021

**Änderungsantrag
für den Verwaltungs- und Personalausschuss am 21.07.2021 – TOP 1 öffentlich
Aufbau eines Referats für Klima- und Umweltschutz und eines Gesundheitsreferats;
Aufgabenumgriff des Referats für Klima- und Umweltschutz**

Sitzungsvorlage Nr. Nr. 20-26/V03435

Naturschutz nicht nachordnen – die UNB darf nicht zerschlagen werden!

Der Antrag des Referenten wird wie folgt geändert:

Ziffer 1	unverändert
Ziffer 2 verändert	Bei der Ausplanung der zukünftigen Organisation der Themenbereiche Naturschutz und Biodiversität wird das Szenario 1 zugrunde gelegt. Zudem wechselt das Sachgebiet „Flächenhafter Naturschutz“ die Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Referates für Stadtplanung und Bauordnung mit allen den damit verbundenen Aufgaben, dem Rechtsvollzug im Bereich Artenschutz und Flächenhafter Naturschutz sowie den einschlägigen Sachmitteln in Gänze ins Referat für Klima- und Umweltschutz. Das Direktorium wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Referat für Klima- und Umweltschutz und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung die Ausgestaltung der Schnittstellen festzulegen. Sollte sich dabei ein Stellenmehrbedarf ergeben, wird das Direktorium dem Stadtrat bis Ende 2021 einen Vorschlag vorlegen.
Ziffer 3 neu	Für das neue Referat für Klima- und Umweltschutz sollen so bald wie möglich ausreichend zusammenhängende Räumlichkeiten gesucht werden, in denen <u>alle</u> Abteilungen gemeinsam untergebracht werden können.
Ziffer 3 alt – 24 alt	werden Ziffer 4 neu – 25 neu und verbleiben unverändert.

Begründung:

Eine Ausgliederung einzelner bzw. mehrerer Teile der UNB in andere Referate käme einer Zerschlagung, mindestens jedoch einer Schwächung dieser wichtigen Stelle gleich. Durch einheitliche Steuerung durch das RKU wird auch größere Effizienz erzeugt. Bedingt durch die sicherlich auch zukünftig großen Aufgaben und Aufgabenmehrungen sind sowohl personelle als auch räumliche Mehrbedarfe unumgänglich, wie auch aus den Stellungnahmen des IT-Referats und der Stadtkämmerei hervorgeht. Auch darum ist es nicht förderlich, unausgelegene Entscheidungen zum Aufgabenzuschnitt zu treffen und die Frage der räumlichen Unterbringung aufzuschieben.

Rudolf Schabl
VPA-Sprecher
Stadtrat